

Z+ Offene Haftbefehle

Übermut im Untergrund

Burkhard Garweg führte mitten in Berlin Hunde aus. Der gesuchte Neonazi Steven Feldmann postet Videos aus dem Untergrund. Warum ist die Polizei so machtlos?

Eine Analyse von [Joscha F. Westerkamp](#)

16. März 2024, 12:02 Uhr

▶ 11 Min.

🗨 51

📁 Verschenken

📄 Zusammenfassen

🔖



Daniela Klette, eine der meistgesuchten Frauen Europas, lebte mitten in Berlin. © Christian Mang/Reuters

Inhalt ▾

[Auf einer Seite lesen](#)

Steven Feldmann präsentiert auf Instagram seine Tattoos. Auf seinem Oberkörper prangt eine ganze Reihe an Nazi-Symbolen: Hakenkreuz, SA-Abzeichen, Sigrune, SS-Totenkopf. Alle strafbar. 1.593 Menschen gefällt's. Feldmann ist der erfolgreichste Neonazi-Influencer Deutschlands. Seine Beiträge erreichen Tausende Leute, viele davon offenkundig Fans.

Gerade hat TikTok einen Account von Feldmann mit knapp 15.000 Followern gesperrt. Besonders bremsen wird ihn das nicht. In der Vergangenheit konnte er auf den Accounts von prominenten Personen auftreten, unter anderem [mit dem Schwarzen Rapper Manuellsen](#) verstand er sich in einem Livestream erstaunlich gut. Seitdem nennen sie ihn in der Szene auch den "Habibi Steven", arabisch für Geliebter oder Freund Steven.

Unter einem seiner YouTube-Videos schrieb Feldmann Anfang dieses Jahres: "Verzeiht mir die schlechte Videoqualität, aber ich bin halt Verbrecher, kein Filmemacher." Damit hat er recht. Eigentlich müsste Feldmann seit November im Gefängnis sein. Er wurde Medienberichten zufolge wegen einer Reihe an Taten verurteilt: Beleidigung, Bedrohung, Betrug. Schwere Körperverletzung. Weil er nicht zur Haft antrat, wird Feldmann per europaweitem [Haftbefehl](#) gesucht. Er lebt jetzt im Untergrund, theoretisch.

Auf Social Media macht er weiter, hat nur noch mehr Grund, sich über [Polizei](#) und Journalisten lustig zu machen. Der WDR veröffentlichte vor Kurzem einen Beitrag, in dem Reporterinnen nach Spuren von Feldmann suchten. Der reagierte in einem Video darauf, kommentierte sogar Ausschnitte mimisch. Mehr Übermut im Untergrund geht kaum. Oder?

ZEIT ONLINE

PLAN

Ihr Problem hätten wir gerne!

Der Kitaplatz fehlt, die Straße ist kaputt? Erzählen Sie uns, wo Deutschland in Ihrem Alltag nicht funktioniert! Wir zeigen, wie vielen Menschen es ähnlich geht – und wer schon eine Lösung gefunden hat.

Geben Sie hier Ihr Problem ein

Abschicken

[Datenschutzhinweis](#)

Daniela Klette und Burkhard Garweg wurden als mutmaßliche RAF-Terroristen intensiver gesucht als die meisten anderen Verbrecher in Deutschland, standen sogar auf der "Europe's most wanted"-Liste. Dabei lebten sie offenbar jahrelang unentdeckt mitten in Berlin. Klette ging zu Lesungen, zum Capoeira, machte einen Ausflug nach Brasilien. Garweg hauste in einer Bauwagensiedlung, [betrieb dort nach Recherchen der ZEIT eine Fälscherwerkstatt](#), führte Hunde Gassi. Er verstand sich in seiner falschen Identität Martin so gut mit den anderen, [dass sie ihn den "Schatzi Martin" nannten](#). Jetzt, nach der Festnahme von Daniela Klette, ist er zwar auf der Flucht; gefasst werden konnte er bislang aber nicht.

Newsletter

Endlich Montag

Wie wollen wir arbeiten? Was tun, wenn demnächst Millionen Fachkräfte fehlen? Und sind jüngere Menschen wirklich so faul, wie manche ältere behaupten? Wir beantworten in unserem Newsletter wichtige Fragen zur Arbeitswelt.



Abonnieren

Wieso nur wirkt die Polizei so machtlos gegenüber Habibi Steven, Schatzi Martin und all den anderen abgetauchten Verbrechern, Extremisten und Terroristen? Es leben, zumindest theoretisch, sehr viele Menschen im Untergrund. Fast 180.000 offene Haftbefehle waren am 1. Oktober in der zentralen Datenbank der Polizei, Inpol-Z, eingestellt. Mehrere Haftbefehle können auf eine Person entfallen, doch es bleiben immer noch gut 150.000 Menschen, die die deutschen Behörden finden müssen. Was könnte helfen, diese Zahl zu reduzieren?

Seite 1/4 : Übermut im Untergrund

[Auf einer Seite lesen](#)

Nächste Seite

🗨 Kommentieren

↑ Teilen

🔗 Link kopieren

🖨 Drucken

Nach der Festnahme von Daniela Klette wurde viel über den Einsatz von Gesichtserkennungssoftware diskutiert, nicht zuletzt, weil es einem Investigativjournalisten in dreißig Minuten gelungen war, mithilfe alter Fotos und neuer Software eine valide Spur zu Daniela Klette zu finden. Wegen fehlender Rechtsgrundlagen und zum Schutz persönlicher Daten darf die Polizei Gesichtserkennung in den allermeisten Fällen allerdings nicht nutzen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) forderte nun eine Ausweitung.

"Alle Welt spricht von Künstlicher Intelligenz, Automatisierung und Digitalisierung. Aber bei der Polizei in Deutschland kommt davon kaum etwas an", sagt GdP-Vizevorsitzender Alexander Poitz ZEIT ONLINE. Den Ermittlern sei das nicht vermittelbar. "So spielen wir den Tätern in die Hände und betreiben indirekten Täterschutz!"

Doch ganz so einfach ist es nicht. Tobias Singelnstein, Professor für Kriminologie und Strafrecht an der Goethe-Universität Frankfurt, verweist auf die Widersprüche zwischen Wünschen der Polizei und Grundrechten von Bürgerinnen und Bürgern: "Die Polizei hätte am liebsten möglichst weitgehende Befugnisse. Jede Einschränkung erschwert aus ihrer Sicht die polizeiliche Arbeit", sagt er. "Letztlich entscheidet aber der Gesetzgeber, welche Befugnisse die Polizei haben sollte."

Es gibt eine ganze Reihe an Techniken, die kaum bis gar nicht eingesetzt werden dürfen, obwohl sie zu schnelleren Ermittlungserfolgen führen könnten. Vermehrte anlasslose Kontrollen etwa. Automatische Kennzeichenüberwachung. Oder die Vorratsdatenspeicherung, bei der Telekommunikationsdienstleister anlasslos Daten wie die IP-Adresse oder den Standort der Nutzer speichern, damit die Polizei später bei Ermittlungen darauf zugreifen kann. Nach langen Diskussionen wurde die im vergangenen Herbst endgültig für rechtswidrig erklärt.

"Alle Maßnahmen, die eine Vielzahl von Unbeteiligten einbeziehen, sind rechtlich sehr schwierig. Wenn große Mengen an personenbezogenen Daten von Personen ausgewertet werden sollen, die gar nicht Teil der Ermittlungen sind, ist das allenfalls unter sehr hohen rechtlichen Hürden zulässig", sagt Singelnstein.

Doch Fahndungserfolge sind ohnehin nicht nur eine Frage technischer Mittel. Dass Straftäter wie Steven Feldmann sich so sicher im Untergrund fühlen können, habe nicht nur rechtliche oder technische Hintergründe, sagt etwa der Polizeiforscher Thomas Feltes. Er war unter anderem Professor für Kriminologie und Kriminalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum. Seine Beobachtung: "Ob Personen im Untergrund gefunden werden, ist vor allem eine Frage des Willens."

Der mit Abstand größte Teil offener Haftbefehle, über 85 Prozent, sind Fahndungen zur Strafvollstreckung. Das passiert bei verurteilten Straftätern wie Feldmann, die ihre Haftstrafe nicht angetreten haben. Sie können aber auch Personen gelten, die eine Geldstrafe nicht bezahlt haben – und die muss nicht mal besonders hoch sein. So wurden nach Daten des Bundeskriminalamts (BKA) im vergangenen Jahr täglich um die 400 neue Haftbefehle zur Fahndung ins Polizeisystem aufgenommen. Um die 250 wurden aussortiert.

"Die Polizei trägt erst mal alles zusammen, was sie über die gesuchte Person weiß. Dann wird geschaut, welche Möglichkeiten sich daraus ergeben, tatsächlich einen Fahndungserfolg zu erzielen", erklärt Michael Soiné, Strafrechtsprofessor an der Europa-Universität Frankfurt (Oder). Er hat gut 20 Jahre lang selbst als Kriminalbeamter gearbeitet, unter anderem als Referatsleiter beim BKA.

Haben die Ermittlungsbehörden einen ersten Überblick darüber, wie aufwendig es wäre, den Untergetauchten zu finden, entscheiden sie: Ist sein Vergehen das wert? "Je schwerwiegender die Straftat ist, wegen der die Person gesucht wird, desto wahrscheinlicher ist, dass sich ganz gezielt mit dieser Person auseinandergesetzt wird", sagt Soiné. Dann könnten auch professionell geschulte Zielfahnder eingesetzt werden. "Das kann sogar so weit gehen, dass es zur Telekommunikationsüberwachung kommt. Aber dabei gilt immer der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit." Zielfahndung koste schließlich Geld.

Wer also nur einen Strafzettel wegen Falschparkens nicht bezahlt hat und zur Ersatzhaft nicht aufgetaucht ist, landet statt im Gefängnis erst mal einfach neben den 180.000 anderen Haftbefehlen in der Datenbank. Wenn er irgendwann zufällig in eine Verkehrskontrolle kommt, werden seine Daten abgeglichen und er festgenommen – sonst passiert meist gar nichts.

Die Frage ist also eher: Welchen offenen Haftbefehlen geht die Polizei mit besonderem Nachdruck nach? Ist die erfolgreiche Festnahme des untergetauchten Neonazis Steven Feldmann den finanziellen und personellen Aufwand wert, der dazu nötig wäre? In Deutschland gibt es kein eindeutiges Raster, das darauf Antwort gibt. "Die Staatsanwaltschaft entscheidet in Absprache mit der Polizei, wie fortgefahren wird", sagt Soiné.

Das kann in der Praxis schnell ins Leere führen. "Wenn der Sachbearbeiter, der das Strafverfahren bearbeitet hat, kein persönliches Interesse entwickelt, Feldmann zu finden, dann kümmert sich vermutlich niemand darum", sagt Feltes.

Die erste parlamentarische Geschäftsführerin der Grünenbundestagsfraktion, Irene Mihalic, war früher selbst Polizistin. Über viele Jahre hinweg hat sie im Bundestag die Zahl offener Haftbefehle abgefragt und auf entsprechende Missstände hingewiesen. "Ich glaube, dass es endlich ein von Bund und Ländern koordiniertes Vorgehen geben muss, die offenen Haftbefehle nach Schwere zu priorisieren und dementsprechend zu vollstrecken. Darüber braucht es schnell eine Verständigung", sagt sie ZEIT ONLINE.

Heute sieht Mihalic besonders eine Schwäche bei der Vollstreckung von Haftbefehlen wegen besonders schwerwiegender Taten und solcher mit extremistischem Hintergrund. "Wir wissen aus der Geschichte des Untertauchens des NSU-Terrortrios, wie wichtig es ist, Extremisten nicht aus den Augen zu lassen und so schnell es geht dingfest zu machen, wenn Haftbefehle vorliegen."

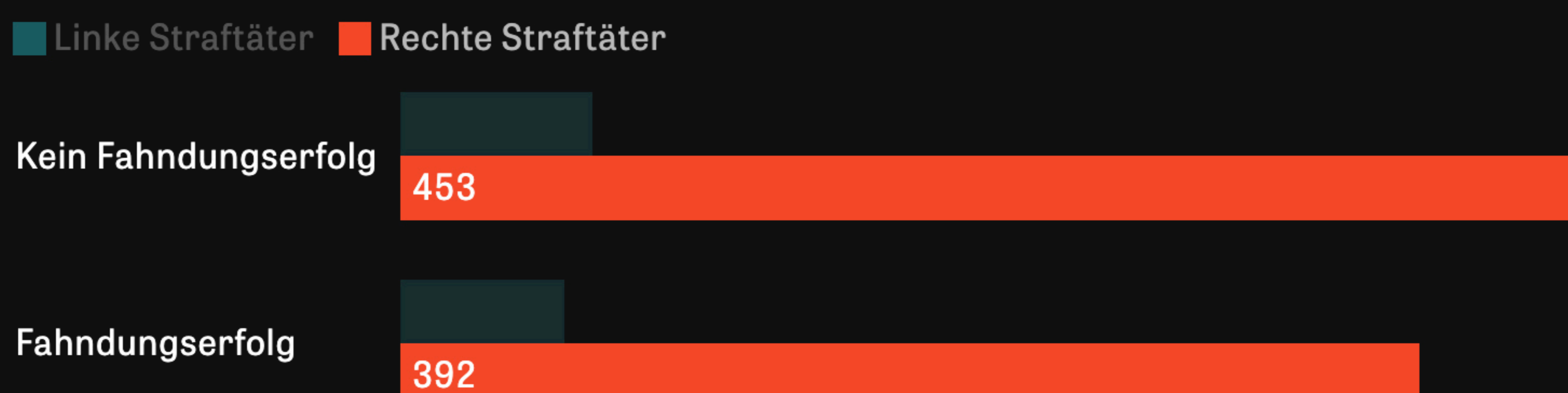
Polizeiforscher Feltes sieht dabei die Politik in der Verantwortung. "Wenn Herbert Reul in NRW mehr gegen Clankriminalität vorgehen will, ist das auch ein Zeichen dafür, dass weniger Schwerpunkt auf die Suche nach untergetauchten Rechtsextremisten gelegt wird." Für den aus Dortmund stammenden Feldmann dürfte das zum Vorteil sein.

Und nicht nur das. "Es ist aktuell klar zu sehen, dass nach wie vor das Pendel in der Regel links schneller ausschlägt", sagt Feltes. "Da reicht schon leichter Anstoß, und es werden Ressourcen zur Fahndung von Linksextremisten bereitgestellt. Gegen rechtsextreme Straftäter scheint es eine Beißhemmung zu geben."

Daten, die ZEIT ONLINE vom BKA erhalten hat, bestätigen das nicht: Zwischen April und Oktober 2023 konnte die Polizei knapp die Hälfte der Fahndungen gegen politisch rechts oder links motivierte Straftäter beenden. Dazu zählen ebenso Personen, die gefasst wurden, wie solche, die doch noch ihre Geldstrafe bezahlt haben. Bei diesen knapp 50 Prozent erfolgreich geschlossener Fahndungen gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen Personen des linken und rechten Spektrums.

Behörden finden weniger als die Hälfte der politisch motivierten Straftäter

Fahndungserfolge von offenen Haftbefehlen in sechs Monaten nach dem 31. März 2023



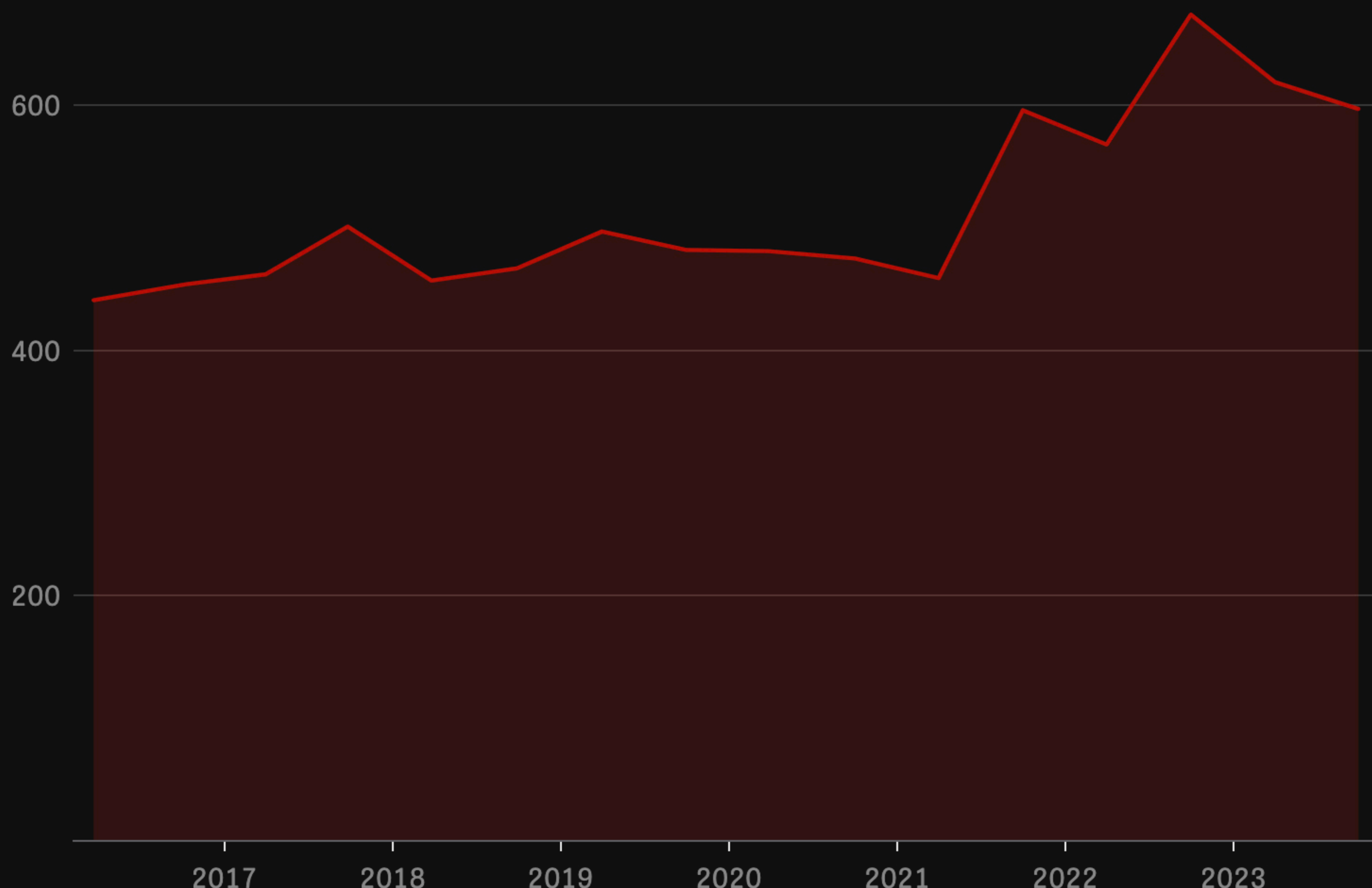
Als Fahndungserfolg zählt auch, wenn der Täter sich selbst gestellt oder seine Geldstrafe gezahlt hat.

Quelle: Bundeskriminalamt

Die absolute Zahl erfolgreich untergetauchter Rechtsextremisten ist allerdings erheblich höher als die der Linksextremisten – und sie steigt seit Jahren. Das BKA erfasst seit 2012 alle offenen Haftbefehle gegen Menschen mit politisch rechter Motivation. Die Linksfraktion fragt diese Zahlen seit einiger Zeit halbjährig im Bundestag an. In den vergangenen fünf Jahren ist sie demnach um die Hälfte gestiegen. Seit 2012 hat sie sich sogar mehr als verfünffacht, wobei in der Zwischenzeit das Verfahren auch so geändert wurde, dass leicht mehr Personen erfasst werden.

Immer mehr rechte Straftäter im Untergrund

Personenfahndungen in der rechten Szene



Quelle: Bundeskriminalamt/Bundestag

Zum aktuellsten Stichtag, dem 29. September 2023, waren laut BKA etwa 600 Personen des rechten Spektrums von deutschen Behörden zur Fahndung ausgeschrieben. Aus dem linken Spektrum waren es weniger als 100. Eine Linksextremistin, Daniela Klette, wurde nun in Berlin festgenommen. Zu der Zahl rechtsextremer Untergetauchter kommt einer dazu, Steven Feldmann. Er postet munter weiter. Neuerdings auch mit dem Hashtag SolidaritätMitDanielaKlette.